

Antrag auf Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis - Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

Landkreis Vorpommern-Rügen Der Landrat Ausländerbehörde Carl-Heydemann-Ring 67 18437 Stralsund		Eingangsstempel/- datum Ausländerbehörde:			
		Datenschutzrechtlicher Hinweis Die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist (§§ 86ff Aufenthaltsgesetz (AufenthG)).			
1	Zweck des Aufenthaltshalts				
	<input type="checkbox"/> Ausbildung	<input type="checkbox"/> Erwerbstätigkeit	<input type="checkbox"/> völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	<input type="checkbox"/> familiäre Gründe	<input type="checkbox"/> Wiederkehr
	<input type="checkbox"/> ehemalige/r Deutsche/r				
1.1	Beabsichtigte Dauer des Aufenthalts				
	<input type="checkbox"/> Jahr/en <input type="checkbox"/> Monat/en				
1.2	Einreise in das Bundesgebiet				
	am (Datum)	mit Visum der Auslandsvertretung			
	<input type="checkbox"/> seit Geburt	<input type="checkbox"/>			
		Gültigkeitsdauer			
2	Angaben des Antragsteller				
Name, Vorname					
Geburtsname					
Geburtsdatum		Geburtsort			
Anschrift	Straße/ Haus-Nr.				
	PLZ		Ort		
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich	<input type="checkbox"/> weiblich	Augenfarbe	Größe in cm	
Staatsangehörigkeit/en			frühere		
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> verpartnert am	<input type="checkbox"/> verwitwet seit	Datum
	<input type="checkbox"/> verheiratet	getrennt lebend	<input type="checkbox"/> geschieden		
Letzter Wohnort im Herkunftsland	Straße/ Haus-Nr. / PLZ/ Ort				
	Staat		wird beibehalten	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Ausweispapier (Pass/ Reisedokument)	Genaue Bezeichnung		Ausstellender Staat		
	Seriennummer		Gültig von bis		
	eingetragen	<input type="checkbox"/> bei der Mutter	<input type="checkbox"/> bei dem Vater		

Frühere Anschrift	von	bis	in
2.1	Bestreitung Lebensunterhalt		
Ist Ihr Lebensunterhalt gesichert?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Höhe der Einkünfte	€
Art der Einkünfte			
Beziehen Sie oder eine unterhaltspflichtige Person Sozialleistungen	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Wer? (Familienname, Vorname) Art der Leistung	
2.2	Krankenversicherungsschutz		
Besteht Krankenversicherungsschutz für die Bundesrepublik Deutschland?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Art, Umfang, Versicherungsunternehmen	
2.3	Beschäftigung/ Erwerbstätigkeit		
Beabsichtigte Erwerbstätigkeit/Beschäftigung			
Fachrichtung bei Aufnahme eines Studiums/ Ausbildung			
Name und Anschrift des Arbeitgebers/ Bezeichnung der Ausbildungsstätte			
2.4	Integrationskurs gem. § 43 AufenthG		
Verfügen Sie über deutsche Sprachkenntnisse?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Erworben durch	
2.5	Rechtsverstöße/ Straftaten		
Haben Sie in der Vergangenheit Rechtsverstöße begangen?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Wo wurde der Rechtsverstoß begangen?	<input type="checkbox"/> Deutschland <input type="checkbox"/> Ausland
Grund, Art und Höhe der Strafe, laufende Ermittlungen			
3	Ehegatte/ Ehegattin des Antragstellers		
Name, Vorname			
Geburtsname			
Geburtsdatum		Geburtsort	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Staatsangehörigkeit/en		frühere	
Letzter Wohnort im Herkunftsland	Straße/ Haus-Nr. / PLZ/ Ort		
	Staat		wird beibehalten <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
4	Kinder		

Familienname des Kindes	Vorname/n	männlich	weiblich	Geburtsdatum/Geburtsort	Staatsangehörigkeit/en	Wohnort
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
5 Erklärung/ Belehrung/ Versicherung						
Ich erkläre, dass	<input type="checkbox"/>	ich niemals aus dem Bundesgebiet ausgewiesen, zurückgeschoben, abgeschoben oder mir die Einreise in das Bundesgebiet oder in einen anderen Staat des Schengener Abkommens verweigert worden ist.				
	<input type="checkbox"/>	ich die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht gefährde; ich keiner Vereinigung angehöre oder angehört habe, die den Terrorismus unterstützt und keine derartige Verbindung unterstütze oder unterstützt habe und ich keine in § 89a Absatz 1 des Strafgesetzbuches bezeichnete schwere staatsgefährdende Gewalttat nach § 89a Absatz 2 des Strafgesetzbuches vorbereite oder vorbereitet habe				
	<input type="checkbox"/>	ich mich zur Verfolgung politischer oder religiöser Ziele nicht an Gewalttätigkeiten beteilige/ beteiligt habe oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufrufe/aufgerufen habe oder damit drohe/gedroht habe.				
Belehrung	§ 54 Abs. 2 Nr. 8 bestimmt, dass das Ausweisungsinteresse im Sinne von § 53 Aufenthaltsgesetz schwer wiegt, wenn ein Ausländer/ eine Ausländerin in einem Verwaltungsverfahren, das von Behörden eines Schengen-Staates durchgeführt wurde, im In- und Ausland falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitel gemacht hat. Der Antragsteller/ die Antragstellerin ist verpflichtet, alle Angaben nach bestem Wissen und gewissen zu machen. Sofern Angaben bewusst falsch oder unvollständig gemacht wurden, kann dies zur Folge haben, dass der Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels abgelehnt wird bzw. der Antragsteller/ die Antragstellerin aus Deutschland ausgewiesen werden wird, sofern ein Aufenthaltstitel bereits erteilt wurde. Durch die Unterschrift bestätigt der Antragsteller/ die Antragstellerin, dass er/ sie über die Rechtsfolgenfalscher oder unvollständiger Angaben im Antragsverfahren belehrt worden ist.					
Ich versichere	vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissenrichtig und vollständig gemacht zu haben. Falsche oder unvollständige Angaben können den Entzug der Aufenthaltserlaubnis zur Folge haben. Außerdem kann Strafanzeige gestellt werden					
Information gemäß Artikel 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung	Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung: § 25 (2) Aufenthaltsgesetz Datenempfänger:* Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist berechtigt bzw. verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten an Dritte zu übermitteln. Datenempfänger sind: Ausländerzentralregister, militärischer Abschirmdienst, Zollkriminalamt, Bundeszentralregister, Bundeskriminalamt,					

Speicherdauer der Dauer, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Dauer:

Frist für Löschung	Datenart
5 Jahre nach Übernahme der Daten in die B-Datei	Alle Daten nach §§ 62 ff. AufenthV bei Erlangung der Rechtsstellung als Deutscher nach Artikel 116 Grundgesetz; sowie bei Tod des Betroffenen
Wenn der Ausländer nicht innerhalb von 2 Jahren nach Ablauf der Geltungsdauer der Zustimmung eingereist ist.	Daten, die nur aus Anlass der Zustimmung der Visumserteilung aufgenommen wurde
10 Jahre nach Ablauf der in § 11 Abs. 1 S.3 AufenthG bezeichneten Frist. Sie sind vor diesem Zeitpunkt zu löschen, soweit sie Erkenntnisse enthalten, die nach anderen gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr gegen den Ausländer verwertet werden dürfen.	Bei Ausweisung, Zurückschiebung, Abschiebung ist B-Datei zu löschen, wenn Unterlagen über die Ausweisung und die Abschiebung nach § 91 Abs. 1 AufenthG zu vernichten sind; sowie im Übrigen
sofort	nach Einbürgerung

Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten:*

Eine Prüfung des Anspruches auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 (2) Aufenthaltsgesetz kann nicht erfolgen.

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/-in

ggf. Unterschrift gesetzlicher Vertreter